

Sehr geehrte Damen und Herren,

das letzte Plenum des Jahres 2009 liegt hinter uns. Wir haben uns in dieser Woche vier Tage lang schwerpunktmäßig mit dem Thema Haushalt befasst. Die Ergebnisse zu den einzelnen Politikbereichen können Sie in dieser Ausgabe von Aktuelles aus dem Landtag nachlesen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche und gesegnete Weihnachtszeit. Vielleicht wird sie ja in diesem Jahr auch weiß. Ich freue mich auf jeden Fall schon jetzt, Sie alle gesund bei unserem Neujahrsempfang am 17. Januar 2010 in Hannover wiederzusehen.

Ihr



Christian Grascha MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel. (0511) 30 30 34 11
Fax (0511) 30 30 48 63

christian.grascha@lt.niedersachsen.de
www.fdp-fraktion-nds.de

Inhaltsverzeichnis

1. Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit

1.1 Sozialhaushalt 2

2. Haushalt und Finanzen; Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

2.1 Haushaltsberatungen Wirtschaft 4

3. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

3.1 Haushalt Inneres, Sport und Integration..... 5

3.2 Haushalt Justiz 6

3.3 Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen
Streitschlichtung 6

4. Agrar und Umwelt

4.1 Zusammenfassung des Haushaltsschwerpunkts
Ernährung , Landwirtschaft, Verbraucherschutz
und Landesentwicklung 7

4.2 Zusammenfassung des Haushaltsschwerpunkts

Umwelt und Klimaschutz 7

5. Bildung, Wissenschaft und Kultur

5.1 Bildungsqualität hat Vorrang! 8

5.2 Haushalt (Kultus) 8

5.3 Haushalt (Wissenschaft und Kultur) 9

6. Europa und Medienpolitik

6.1 Haushalt (Bundes- und Europaangelegenheiten
und Medien) 10

1. Soziales, Familie; Frauen und Gesundheit

Ansprechpartner: Thomas Frankewitsch, Telefon 0511 3030-4306



1.1 Sozialhaushalt

Der Sozialhaushalt umfasst mit 3,358 Milliarden Euro 13,3% des Gesamthaushaltes. Über die Hälfte davon (1,743 Milliarden Euro) entfallen dabei auf den Bereich der Sozialhilfe (SGB XII), insbesondere auf Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen im Rahmen des Quotalen Systems. Einschnitte bei den gesetzlichen oder bei den freiwilligen Leistungen sind angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Krisensituation im Haushalt für 2010 nicht vorgesehen, allerdings wird sich für die kommenden Jahre die Diskussion um Leistungseinschränkungen wohl kaum vermeiden lassen, da auch der Sozialhaushalt zur notwendigen Konsolidierung einen Beitrag leisten muss.

Die Landesregierung hatte bei der Haushaltsaufstellung bereits einige Akzente gesetzt. Dazu zählen zusätzliche 15 Millionen Euro bei der **Krankenhausfinanzierung** für die pauschale Förderung kleiner Baumaßnahmen und kurzfristiger Anlagegüter. Dies unterstützt die für das kommende Jahr vorgesehene Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes, die stärker leistungsorientierte Kriterien und mehr Flexibilität der Kliniken im Rahmen der Pauschalförderung vorsieht. Bei der Einzelförderung von Bauvorhaben bleibt der Verpflichtungsrahmen des Investitionsprogramms in Höhe von 360 Millionen Euro für drei Jahre unverändert. Damit sollen auch zukünftig gezielte Investitionsentscheidungen des Krankenhausplanungsausschusses erfolgen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist das **Pflegepaket**. Schwerpunkte sind die Bezuschussung der Leistungserbringer bei den Ausbildungskosten in der Altenpflege sowie Zuschüsse zum Schulgeld an Altenpflegeschulen. Damit soll die Attraktivität des Altenpflegeberufs gesteigert und mehr qualifizierter Nachwuchs gewonnen werden. Dies soll ergänzt werden durch eine Imagekampagne. Insgesamt werden hier 8 Millionen Euro eingesetzt, die durch die vom Landesrechnungshof geforderte Reduzierung der Investitionspauschalen für ambulante Pflegedienste frei geworden sind.

Weitere Punkte sind der fortgesetzte Ausbau von Seniorenservicebüros und die feste Verankerung der Maßnahmen gegen Zwangsheirat und Zwangsehe im Haushalt. Dazu zählen der Kriseninterventionsplatz bei der Schutzeinrichtung ADA, das überregionale Krisentelefon und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben in den Beratungen eigene Schwerpunkte ergänzt. Aus Sicht der FDP besonders hervorzuheben ist das Projekt Modell Niedersachsen (MoNi) zur Verbesserung der **hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum**. Ziel ist die Entlastung von Hausärzten durch die Delegation von Leistungen an qualifizierte Medizinische Fachangestellte, insbesondere durch die Übernahme von Hausbesuchen. Dabei können Medikamentenkontrollen, Messungen von Puls, Blutdruck und Blutzucker, Blutentnahmen, Verbandswechsel sowie Medikamentengaben und Injektionen nach vorheriger ärztlicher Verordnung vorgenommen werden. Dies soll in vier Regionen erprobt werden, in denen bereits eine Unterversorgung besteht oder die nahe an der Grenze zur Unterversorgung stehen und sich durch ländliche Strukturen mit eingeschränkter Nahverkehrsanbindung auszeichnen. Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) soll bei der Durchführung des Modellprojektes mit 30.000 Euro unterstützt werden. Geplant wird mit einem jährlichen Finanzrahmen von ca. 360.000 Euro für das Modellprojekt.

1. Soziales, Familie; Frauen und Gesundheit

Ansprechpartner: Thomas Frankewitsch, Telefon 0511 3030-4306

Dies soll ohne zusätzliche Belastung der ärztlichen Budgets kostendeckende Einsatzvergütungen bei Hausbesuchen durch Medizinische Fachangestellte ermöglichen. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Linken zur Einführung von Gemeindeschwestern wollen wir aber kein neues System in der Versorgungslandschaft mit Landesmitteln aufbauen.

Weitere Akzente der Fraktionen sind 30.000 Euro für präventive Maßnahmen gegen das so genannte Komasaufen von Jugendlichen und zusätzliche 60.000 Euro für die Stiftung „Eine Chance für Kinder“ zur Qualifizierung von Familienhebammen, insbesondere solchen mit Migrationshintergrund. Bei den Frauenhäusern und den Beratungsstellen für von Gewalt betroffenen Frauen würde die Umsetzung der Richtlinie von 2007 für einige Einrichtungen eine Kürzung bedeuten. Diese Kürzung wird daher wie in den Vorjahren ausgesetzt, um die Zeit für eine Überarbeitung der Richtlinie bzw. eine bessere Bemessung der Platzzahlen orientiert am regionalen Bedarf zu nutzen.

Zu den Haushaltsanträgen der Opposition ist festzustellen, dass SPD und Grüne erhebliche Kürzungen beim Landesprogramm „Familie mit Zukunft“ mit der Förderung von 280 Familienservicebüros und der Tagespflege vorsehen. Das Programm wurde von den Kommunen sehr positiv aufgenommen, auch von SPD-Bürgermeistern und Landräten. Die SPD wiederholt zudem Haushaltsanträge der letzten Jahre wie ein Handlungskonzept zur Pflege, hinter dem alte Ideen wie Ausbildungsumlage oder Mindestlohn stehen. Zudem fordert sie erneut ein dirigistisches Kinderschutzgesetz, das mit 15 Millionen Euro kommunale Aufgaben der Jugendhilfe finanzieren soll und die Einschaltung des öffentlichen Gesundheitsdienstes beim Einladungswesen für die Früherkennungsuntersuchungen beinhaltet. Die Grünen wollen Seniorenstützpunkte zu Pflegestützpunkten umbauen, während auf Bundesebene bereits ein Auslaufen der Förderung geplant ist und das Land bewusst auf eine Allgemeinverfügung und eine Landesförderung verzichtet hatte. Pflegestützpunkte sollen nur dort entstehen, wo dies von Kassen und Kommunen gewünscht ist. Die Linken fordern ein Sozialticket für Geringverdiener sowie ein Fünf-Euro-Wochenendticket für Rentner mit einem Zuschuss an Kommunen und Bahn, der ab 2011 zu Mehrausgaben von insgesamt 177 Millionen Euro jährlich führen würde. Die zahlreichen Haushaltsanträge der Linken zeigen deren unseriöse Haushaltspolitik, weil hier Wünsche über massive Erhöhungen von Steuern (3,9 Milliarden Euro) gegenfinanziert werden sollen.

2. Haushalt und Finanzen

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511 3030-4305



2.1 Haushaltsberatungen Wirtschaft

Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums wurde deutlich, dass sich Niedersachsen in den letzten Jahren gut entwickelt hat. Die Arbeitsmarktzahlen sind im Verhältnis zu anderen Bundesländern gut und auch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind bisher weniger schwer ausgefallen als erwartet.

Dies ist vor allem der Verlässlichkeit der Niedersächsischen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zu verdanken. Besonders klar wird dies im Bereich der Investitionen in die Infrastruktur. So waren bereits vor den letzten Entwicklungen auf Bundesebene Gelder für die Y-Trasse in den Landeshaushalt eingestellt worden, um dieses wichtige Projekt abzusichern.

Auch der JadeWeserPort als derzeit größtes und bedeutendstes Infrastrukturprojekt des Landes Niedersachsens - gemeinsam mit dem Land Bremen - wird weiterentwickelt. Dass dieser Containertiefwasserhafen notwendig und wirtschaftlich sein wird, kann angesichts der zuversichtlichen Wachstum-Prognosen über die Seeverkehre nicht infrage gestellt werden. Aktuelle Prognosen gehen bereits 2010 von einem Wachstum von 3% aus. Ab 2011 kann wieder mit durchschnittlich 4,5% gerechnet werden. Mit dem Haushalt 2010 werden 77 Mio. Euro für den Bau bereitgestellt.

Ein weiteres prominentes Beispiel für verlässliches Handeln im diesjährigen Wirtschaftshaushalt ist die Anhebung der Mittel für den Straßenbau. Schon in den Jahren der Haushaltskonsolidierung lag in diesem Bereich ein Schwerpunkt. Dies ist auch in der Wirtschaftskrise der Fall. Für den sogenannten Landestraßenbauplafsonds steht 2010 ein Finanzvolumen in Höhe von 73,5 Mio. Euro bereit. Die Bedeutung dieser Mittel hob die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Gabriela König in der Debatte besonders hervor. Hierzu führte sie aus, dass die Mittel dringend notwendig sind, um die Verkehrsinfrastruktur des Landes zu erhalten. Mit dem erhöhten Mittelansatz kann nun dafür gesorgt werden, dass keine weiteren Substanz- und Vermögensverluste eintreten. Dies gilt im Übrigen nicht nur für den Bereich der Landesstraßen, sondern auch für die Radwege in Niedersachsen, deren Bau und Erhalt ebenfalls über den Landestraßenbauplafsonds erfolgt.

Weitere wichtige Punkte im Wirtschaftshaushalt betrafen die Innovationsförderung für das Handwerk sowie für Kleine und Mittlere Unternehmen sowie die Einrichtung einer dritten Beschlussabteilung der Vergabekammer. Die Beschlussabteilungen haben bisher an ihrer Kapazitätsgrenze gearbeitet und waren teilweise nicht mehr in der Lage, die Entscheidungen im Rahmen der 5-Wochen Frist zu treffen. Die Antragszahlen von 2008 wurden bereits Ende September 2009 überschritten. Da im Rahmen der Umsetzung der Konjunkturpakete und der schwierigen Wirtschaftslage damit zu rechnen ist, dass es 2010 noch mehr Überprüfungsfälle geben wird, war eine Erweiterung dringend geboten.

3. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Seggebrock; Telefon 0511 3030-4314



3.1 Haushalt Inneres, Sport und Integration

Trotz einer schwierigen Haushaltslage konnten im Haushalt für Inneres, Sport und Integration wichtige Schwerpunkte gesetzt werden. Im Bereich der Polizei wird ein wichtiges Signal durch die im Haushalt eingestellte Verpflichtungsermächtigung zur Weiterführung der Planung des ÖPP-Neubaus des Landeskriminalamtes gesetzt. Die derzeitigen Bedingungen der Unterbringung in Teilen der Polizei sind nicht angemessen und müssen gerade in Anbetracht der Wichtigkeit der durchgeführten Aufgaben verbessert werden. Auch im Rahmen des Konjunkturpaketes ist ein Teil der Mittel in die Verbesserung des Fuhrparkes und die Verbesserung der Kriminaltechnik gegangen. Jan-Christoph Oetjen (MdL) machte in der Haushaltsdebatte deutlich, dass man bei der Polizei auch gern ein Stellenhebungsprogramm auf den Weg gebracht hätte, dieses aber aufgrund der Haushaltslage nicht möglich war. Er unterstrich aber, dass man sich auf Seiten der FDP-Fraktion des Handlungsbedarfes bewusst sei und sich hierum in den nächsten Jahren kümmern müsse. Wichtig war es auch die gute Arbeit im Bereich der Integration fortsetzen zu können. Dieses ist aufgrund des beschlossenen Haushaltes gewährleistet. Auch im Bereich des Verfassungsschutzes wird die bisher gute Arbeit fortgesetzt. Hierzu wurden durch die Fraktionen von FDP und CDU nochmal zusätzlich 450.000 Euro für die Präventionsarbeit und den operativen Bereich des Verfassungsschutzes in den Haushalt eingestellt. Die Situation der Kommunen war ein Schwerpunkt der Plenumsdebatte.

Insbesondere wurde hier auf den Zukunftsvertrag zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden eingegangen. Das Land stellt dazu ab dem Jahr 2012 einen jährlichen Finanzbeitrag von bis zu 35 Millionen Euro in einem Sondervermögen zur Rückführung der Kassenkredite zur Verfügung. Nach Aussagen des Innenministers könnten damit rund 1,1 Milliarden Euro an Kassenkrediten bei Kommunen getilgt und verzinst werden. Neben dem Angebot der kommunalen Entschuldungshilfe geht es darum strukturschwache Gemeinden und Landkreise zukunftsfähig aufzustellen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es wichtig zu betonen, dass es sich hier um ein Angebot an die Kommunen handelt. Das Land will hier Unterstützungsleistungen geben, die Bereitschaft der Schaffung von neuen Strukturen muss allerdings von den Kommunen selbst kommen. Eine aufoktroierte Gebietsreform von oben wird von der FDP-Fraktion abgelehnt.

Hans-Werner Schwarz machte in seinem Redebeitrag zum Haushalt für den Bereich Sport deutlich, dass es aufgrund der großen Bedeutung des Sportes wichtig sei, dass die finanzielle Ausstattung dieses Bereiches weiterhin auf einem hohen Niveau bleibt. Dem Landessportbund werden auch im Jahr 2010 wieder 27,16 Millionen Euro zugewiesen, so dass es hier zu keiner Veränderung im Vergleich zum Jahr 2009 kommt. Den Bereich der Sportstättenförderung hat man zusätzlich zu dem bereits seit 2007 existierenden Programm 40 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II für die Sportstättenanierung zur Verfügung gestellt.

3. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Seggebrock; Telefon 0511 3030-4314



3.2 Haushalt Justiz

Mit einem Volumen von 1.080.613.000 Euro macht der Haushalt für den Bereich Justiz 4,3% des Landeshaushaltes aus. Prof. Dr. Dr. Roland Zielke (MdL) machte in der Plenumsdebatte zum Haushaltsplan für den Bereich Justiz deutlich welche große Bedeutung die Stabilität der Justiz hat. Trotz der Sparbemühungen der vergangenen Jahre wurden daher in diesem Bereich auch in den letzten Jahren zusätzliche Stellen geschaffen. Im kommenden Jahr werden verschiedene Bereiche der Justiz durch zusätzliche Stellen verstärkt. So wird man insbesondere bei den Arbeitsgerichten aufgrund des -bedingt durch die Wirtschaftskrise- zu erwartenden Anstiegs der Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren fünf neue Richterstellen schaffen. Im Justizvollzug wird es durch 126 Stellenhebungen zu einer Stärkung des mittleren Dienstes kommen. Der mittlere Dienst im Justizvollzug wird darüber hinaus von einer Anhebung des Dienstkleidungszuschusses von rund 50 Euro auf 235 Euro profitieren. Unterstrichen wurde von Prof. Dr. Dr. Roland Zielke auch nochmal die wichtig Aufgabe der Resozialisierung im Strafvollzug. Deshalb werden im Jahr 2010 9 neue Stellen für Sozialtherapie und für das Übergangsmanagement von Strafgefangenem am Ende ihrer Haft geschaffen. Auch das ÖPP-Projekt der Haftanstalt in Bremervörde wird dazu beitragen, dass der Vollzug qualitativ verbessert wird.

3.3 Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung

Im vergangenen Plenum wurde mit den Stimmen von FDP und CDU das Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung verabschiedet.

Mit dem Gesetz wird die konsensuale Streitbeilegung gefördert. Dieses soll langfristig auch zu einer Entlastung der Justiz beizutragen. Zukünftig wird die obligatorische Streitschlichtung für bestimmte Nachbarrechtsstreitigkeiten, Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre und für Ansprüche nach Abschnitt 3 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) eingeführt. In diesen Fällen muss nun ein außergerichtlicher Einigungsversuch vor einer Schlichtungsstelle unternommen werden. Die Durchführung des Güteverfahrens wird den kommunalen Schiedsämtern übertragen, kann aber auch an anderen Gütestellen durchgeführt werden. In räumlicher Hinsicht ist die Durchführung einer obligatorischen Streitschlichtung auf die Fälle beschränkt, in denen die Parteien im selben Landgerichtsbezirk oder in einem angrenzenden Amtsgerichtsbezirk wohnen oder dort ihren Sitz haben. Die Oppositionsparteien haben dem Gesetz nicht zugestimmt, da sie die außergerichtliche Streitschlichtung in den Fällen von Streitigkeiten nach dem AGG ablehnen. Hier ging es den Oppositionsparteien darum, diese Streitigkeiten in der öffentlichen Verhandlung vor Gericht zu wissen, um die behandelten Fälle von Diskriminierung in der Öffentlichkeit anprangern zu können. Prof. Dr. Dr. Roland Zielke (MdL) merkte hierzu an, dass nicht Anprangern der primäre Zweck eines Gerichtsverfahrens sei, sondern Wahrheitsfindung und Rechtsfrieden.

4. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



4.1 Zusammenfassung des Haushaltsschwerpunkts Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine solide und zukunftsgerichtete Politik für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft von großer Bedeutung. Die Regierungskoalition realisiert mit einem Gesamtausgabenvolumen von 476 Mio. Euro die Bindung aller Mittelzuweisungen des Bundes und der EU und ermöglicht die Umsetzung zahlreicher Projekte und Planungen.

Im Bereich der Agrarförderung (AFP) liegen über 1.000 Anträge mit einem Gesamtvolumen von über 100 Mio. Euro zur Bewilligung vor. Dies ist Ausdruck von Zuversicht und Investitionsbereitschaft, die in entsprechenden Aufträgen für klein- und mittelständische Unternehmen münden werden. Darüber hinaus wird durch Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) und durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes ausgebaut. Durch die vorgezogene Auszahlung der Betriebsprämie konnte die Liquidität von über 50.000 Betrieben – insbesondere der Milcherzeuger – verbessert werden. Zudem sorgen Mittelumschichtungen beim Health Check sowohl für eine Ausgleichszulage beim Dauergrünland als auch für eine Aufstockung bei den Agrarumweltmaßnahmen. Die Umwandlung der Niedersächsischen Landesforsten in eine Gesellschaft öffentlichen Recht, durch FDP und CDU ist bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte. Nach wenigen Jahren wurde durch die Arbeit der Mitarbeiter aus einem öffentlichen Zuschussbetrieb eine Gesellschaft, die Gewinne am Markt erzielt und so einen Beitrag zum Landeshaushalt leisten kann. Es bleibt festzuhalten, dass über 200 Millionen Euro für investive Förderungen und flächenbezogene Agrarumweltmaßnahmen bis 2013 in den ländlichen Raum fließen werden und dass dank der Ernährungs-, Agrar- und Forstwirtschaft Niedersachsen bisher verhältnismäßig gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist.

4.2 Zusammenfassung des Haushaltsschwerpunkts Umwelt und Klimaschutz

Natur-, Umwelt- und Klimaschutz haben auch in Zeiten des knappen Geldes in Niedersachsen Priorität. Der Gesamtetat beträgt 386,8 Mio. Euro und setzt Schwerpunkte in den Bereichen Küsten-, Hochwasser- und Meeresschutz, Schutz von Umwelt und Natur, Klimaschutz und Gewerbeaufsicht. Das Zusammenrechnen aller für den Küstenschutz relevanten Posten ergibt eine Summe von 68,5 Mio. Euro für das kommende Haushaltsjahr. Dem Hochwasserschutz im Binnenland wird u. a. mit 500.000 Euro für Hochwasserschutzkonzepte der Kommunen, mit über 8,8 Mio. Euro für die GAK-Programme und mit 7,8 Millionen Euro allein für die Deiche an der Elbe Ausdruck verliehen. Um den Zustand der Nordsee bis 2020 zu verbessern sind für 2010 erstmals 310.000 Euro eingestellt worden. Die Summe dient im ersten Schritt der Definition von Umweltzielen für den Meeresschutz zur Einhaltung von EU-Vorgaben, die bis 2012 formuliert sein müssen. Darüber hinaus werden 500.000 Euro für ein Monitoringverbundprojekt der Nordsee bereitgestellt. Für den verstärkten Schutz von Umwelt und Natur wird es Mittelzuweisungen für die Nationalparke Harz (+ 298.000 Euro) und Wattenmeer (+ 200.000 Euro) geben. Weitere 500.000 Euro dienen der Umsetzung der erhöhten Anforderungen durch die Auszeichnung des Wattenmeers als Weltnaturerbe. Für den Klimaschutz wird es im kommenden Jahr eine Landesinitiative „Altbausanierung“ und ein Wettbewerb „Klimakommune 2010“ geben, die mit rund 2 Millionen Euro hinterlegt sein werden. Außerdem wird es eine wasserwirtschaftliche Folgeabschätzung für das Binnenland mit Bezug auf den Klimawandel geben. Die Gewerbeaufsicht wird ebenfalls durch eine Mittelzuweisung gestärkt. Die Anhebung von Ersatzvornahmen um 140.000 Euro und der Ausbau der Kommunikationstechnologie um weitere 100.000 Euro sind hierfür Ausdruck. Ein besonderes Anliegen ist der Ausbau der FÖJ-Plätze. Es sind nicht nur 20 Plätze aus einem Modellversuch dauerhaft übernommen worden, sondern 20 weitere Plätze werden in 2010 geschaffen. Damit ist Kontinuität auch in der Umweltbildung gewährleistet. Der Haushalt ist auch in diesem Jahr ein Beleg dafür, dass FDP und CDU im kommenden Jahr Umweltpolitik mit und nicht gegen die Menschen machen.

5. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftlicher Fachreferent: Patrick Schlupp; Telefon 0511 3030-4313



5.1 Bildungsqualität hat Vorrang!

In der letzten Plenarwoche hat der Niedersächsische Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf Vorschlag der FDP-Fraktion das Thema Bildungsqualität im Schulsystem debattiert. Der bildungspolitische Sprecher Björn Försterling betonte, hierbei müsse das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt gestellt werden. Entscheidend sei es, den Kindern Schlüsselqualifikationen wie Kooperations- und Konfliktfähigkeit sowie Verantwortungsbereitschaft zu vermitteln, damit diese in die Lage versetzt werden, Wissen selbständig zu erwerben. Dafür müssten zunächst genaue Bildungsstandards definiert sowie gute Rahmenbedingungen für die Schulen und andere relevante Bildungsakteure geschaffen werden, damit diese Standards anschließend auch umgesetzt und den Schülerinnen und Schülern Wissen vermittelt werden kann.

Aus liberaler Sicht kommt den Eltern eine entscheidende Rolle zu, und sie müssten laut Försterling zwingend ihrer Verantwortung nachkommen. Försterling verwies in diesem Zusammenhang auf positive Projekte in Niedersachsen wie Familienhebammen und Elternlotsen. Landtagsvizepräsident Hans-Werner Schwarz unterstrich in der Debatte den hohen Stellenwert frühkindlicher Bildung. Außerdem sei die Wahl der angemessenen Schulform für den weiteren Werdegang der Kinder entscheidend – auch um eine spätere Unter- oder Überforderung der Kinder zu vermeiden. Abschließend verwies Schwarz in diesem Zusammenhang auf den jüngsten Parteitagsbeschluss der FDP Niedersachsen zum Thema und die darin vorgeschlagene Regelung einer Aufnahmeprüfung für den Fall, dass zwischen dem Elternwunsch einerseits und der Schullaufbahneempfehlung andererseits keine Einigung erzielt werden könne.

5.2 Haushalt Kultus

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Björn Försterling, begrüßte in der Debatte um den Haushalt 2010 für den Kultusbereich die erneute Steigerung der Mittel um 265 Millionen Euro auf insgesamt 4,7 Milliarden Euro. In Zeiten einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise zeige diese Steigerung der Haushaltsmittel, dass CDU und FDP dem Bereich Bildung eine herausragende Bedeutung beimessen.

Konkret hob Försterling den Zuwachs von 20 Millionen Euro an Investitionen im Bereich der frühkindlichen Bildung auf insgesamt mehr als 365 Millionen Euro hervor. Auch für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Förderschulen werde mit dem Haushalt 2010 deutlich mehr investiert. Dies ist ein klares Signal der FDP-Fraktion, dass die FDP in keinsten Weise die Absicht hat, die Förderschulen in Niedersachsen abzuschaffen.

Schließlich verwies Försterling auf den Erfolg der Bildungspolitik von CDU und FDP in Bezug auf die Schulabbrecherquoten. Während unter der damaligen SPD-Regierung im Jahr 2002 noch 9,5% aller Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verließen, waren es 2008 nur noch 7,4%.

Mit der Erhöhung der Mittel für Ganztagschulen um mehr als eine Million Euro auf insgesamt 80 Millionen Euro jährlich machen CDU und FDP deutlich, dass auch hier die Bildungsqualität im Vordergrund steht. Zum 01.08.2010 können durch diese Mittel voraussichtlich weitere 200 Schulen den Ganztagsbetrieb aufnehmen. Damit werden zum nächsten Schuljahr ca. 1000 Schulen Ganztagschulen sein.

5. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftlicher Fachreferent: Patrick Schlupp; Telefon 0511 3030-4313



5.3 Haushalt Wissenschaft und Kultur

Für den Bereich Wissenschaft und Kultur steigt das Gesamtvolumen des Haushalts 2010 gegenüber 2009 um fast 110 Mio. Euro. Dies bedeutet ein Plus von 4,4 Prozent. In der derzeitig angespannten Haushaltslage unterstreicht dieser Aufwuchs der Mittel deutlich, wo diese Landesregierung ihre Schwerpunkte setzt. Trotz schwierigster haushalterischer Rahmenbedingungen gelingt ihr mit dem Haushalt 2010 der Spagat zwischen notwendiger Haushaltskonsolidierung einerseits sowie erforderlichen und zwingenden Zukunftsinvestitionen in den Bereich Wissenschaft und Kultur andererseits.

In der Plenardebatte unterstrich die wissenschaftspolitische Sprecherin, Almuth von Below-Neufeldt, für die FDP-Fraktion, dass Bildung und Forschung für diese Landesregierung oberste Priorität hätten und dass bei den Investitionen mit dem vorliegenden Haushalt ebenfalls die richtigen Schwerpunkte gesetzt würden. Es sei bezeichnend, dass mit dem Einzelplan 06 – Wissenschaft und Kultur – sowie dem Kultushaushalt gerade die für den Bereich Bildung zentralen Themenfelder einen signifikanten Anstieg der Mittel zu verzeichnen hätten.

Insbesondere hob von Below-Neufeldt hervor, dass die im Rahmen des Hochschulpaktes ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung eine vielseitige Hochschullandschaft garantierten. Außerdem gebe es eine Korrelation zwischen der Verwendung der Einnahmen aus Studienbeiträgen einerseits sowie der Verbesserung der Qualität der Lehre andererseits. Dies lasse sich auch daran ablesen, dass etwa 42 Prozent der Einnahmen aus Studienbeiträgen in Personal investiert würden und somit direkt den Studierenden zugutekämen.

Die Braunschweiger Abgeordnete begrüßte ebenfalls die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung, die sich speziell beim Bau des Niedersächsischen Forschungszentrums Fahrzeugtechnik (NFF) in Braunschweig zeigten. Durch die Kooperation zwischen TU Braunschweig bei der Entwicklung von technischen Systemen zur Unterstützung der Fahrsicherheit wird der Schwerpunkt Mobilität an der Braunschweiger Hochschule erheblich gestärkt und somit die Region als Forschungsstandort weiter etabliert.

6. Europa und Medienpolitik

Wissenschaftlicher Fachreferent: Patrick Schlupp; Telefon 0511 3030-4313



6.1 Haushalt Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und europa- und medienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Klaus Rickert, betonte in der Debatte zum Haushalt für Bundes- und Europaangelegenheiten die positiven und nachhaltigen Effekte, die aus Mitteln der EU-Strukturförderung in Niedersachsen erzielt werden. Hierbei sei es insbesondere ein Verdienst der FDP-Wirtschaftsminister Walter Hirche, Philipp Rösler und nun Jörg Bode, dass die insgesamt 2,6 Mrd. Euro Fördermittel eben nicht nur für Großprojekte wie den JadeWeserPort, sondern für eine flächendeckend ausgerichtete Mittelstandsförderung eingesetzt werden. Als Beispiel für eine gelungene EU-Förderung nannte Rickert eine Metallveredelung aus seiner Heimatstadt Oldenburg, die mit den 185.000 Euro aus EU-Mitteln sowie einem entsprechenden Betrag aus Landesmitteln insgesamt 12 neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Rickert lobte zudem ausdrücklich das neue europapolitische Konzept der Landesregierung sowie die niedersächsische Landesvertretung in Brüssel, die durch ihre gute Arbeit niedersächsische Interessen erfolgreich gegenüber den europäischen Institutionen vertritt.

Für den Bereich Medien unterstrich Rickert, dass die Landesregierung mit dem Haushalt 2010 bei der Medienförderung weiterhin auf bewährte Konzepte setze. Zudem wird die bevorstehende Novellierung des Niedersächsischen Mediengesetzes aus Sicht der FDP-Fraktion zu einer Belebung des niedersächsischen Medienmarktes führen. Niedersachsen ist das letzte Land, in dem bisher lediglich landesweiter privater Rundfunk verbreitet werden darf. Mit der Novellierung ist nun auch die Zulassung von kommerziellem lokalen Rundfunk vorgesehen. Die FDP wird sich bei den bevorstehenden Beratungen dafür einsetzen, dass es einen vielfältigen niedersächsischen Medienmarkt gibt, der auf gesunden, wettbewerbsfähigen Strukturen beruht. Aus unserer Sicht sollen mündige Verbraucher künftig zwischen den Formaten sowohl der Bürgermedien als auch des kommerziellen Rundfunks auswählen dürfen, wobei es bei den Bürgermedien keine Veränderungen geben wird.